

IN KÜRZE

Touristische Wünsche zum Franken

(sda) · Als «herausfordernd, aber nicht ausweglos» bezeichnet der Schweizer Tourismusverband (STV) die Ausgangslage rund um den hohen Frankenkurs. Der Verband werde in den nächsten Wochen ein Massnahmenpaket erarbeiten, wie es in einer Medienmitteilung heisst. Es seien bereits Rückgänge bei den Buchungen und Annullationen festzustellen. Steige der Franken um ein Prozent, so müsse je nach europäischem Zielmarkt mit einem halben bis einem Prozent weniger Übernachtungen gerechnet werden, wird eine Studie zitiert. Konkrete Wünsche an den Bund formuliert der Verband noch nicht. Der Bund unterstützt bereits über verschiedene Kanäle die Tourismuswirtschaft, etwa durch die internationalen Marketingaktivitäten von Schweiz Tourismus (deren Ausbau bereits diskutiert wird), durch vergünstigte Hotelkredite und einen verbilligten Mehrwertsteuersatz für Hotels.

Suva mit Rendite von 7 Prozent

(sda) · Der Unfallversicherer Suva hat 2014 eine Anlageperformance von 7,0 Prozent erzielt. Der Deckungsgrad stieg erneut und erreichte Ende Jahr 134 Prozent. Die Suva sei somit solide finanziert, alle langfristigen Verpflichtungen seien voll gedeckt, teilte das Unternehmen mit. Damit lag die Performance über dem Wert von 2013 (4,7 Prozent) und über dem zehnjährigen Durchschnitt (4,2 Prozent).

Kasachstan verzichtet

(sda) · Kasachstan verzichtet auf die Auslieferung des früheren kasachischen Ministers Viktor Khrapounov. Stattdessen hat die kasachische Generalstaatsanwaltschaft entschieden, den Weg der stellvertretenden Strafverfolgung zu wählen. Damit liegt der Ball bei den Schweizer Behörden. Kasachstan unterstütze es, dass die hiesigen Behörden und Gerichte den Fall untersuchten und beurteilen könnten, heisst es in einer Mitteilung von Thomas Borer. Der Schweizer Ex-Diplomat vertritt in der Schweiz die Interessen der kasachischen Regierung. Kasachstan hatte 2012 ein Rechtshilfesuch an die Schweiz gestellt. Die kasachischen Behörden verdächtigen das in Genf wohnhafte Ehepaar Khrapounov, sich unrechtmässig bereichert zu haben, als Khrapounov in der Regierung von Langzeitpräsident Nursultan Nasarbajew einen Ministerposten bekleidet hatte.

Ärzte sollen Rezept ausstellen

(sda) · Bei den Beratungen zur Revision des Heilmittelgesetzes zeichnet sich in manchen Punkten noch keine Einigung zwischen den beiden Kammern ab. Die Gesundheitskommission des Nationalrates (SGK) bleibt dabei: Ärzte sollen ein Rezept ausstellen müssen. Die Kommission habe mit klarer Mehrheit an diesem Entscheid festgehalten, teilten die Parlamentsdienste am Freitag mit. Müssen die Ärzte ein Rezept ausstellen, können die Patienten selbst entscheiden, wo sie ein Medikament beziehen. Der Ständerat hatte die von den Ärzten bekämpfte Rezeptpflicht abgeschwächt. Nach seinem Willen sollen Ärzte zwar grundsätzlich ein Rezept ausstellen müssen. Verzichtet der Patient darauf, soll die Pflicht aber nicht gelten. Auch in anderen Punkten beantragt die Nationalratskommission ihrem Rat, bei seinen Entscheiden zu bleiben.

Davutoglu vor Landsleuten in Baden

(sda) · Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu hat am Freitagabend in Baden (AG) vor seinen Landsleuten eine Rede gehalten. Rund 2000 Personen wohnten dem Auftritt des Regierungschefs im Kultur- und Kongresszentrum Trafo bei. Davutoglu sprach auf Einladung des Schweizer Ablegers der Union Europäisch-Türkischer Demokraten. Diese unterstützt die türkische Regierungspartei AKP. Der Auftritt von Davutoglu, der wegen des Weltwirtschaftsforums (WEF) in der Schweiz weilt, galt als privater Anlass. Davutoglu sprach in türkischer Sprache. Er liess sich von seinen Anhängern feiern. Sie applaudierten ihm mehrfach.

Nicht nur Reiche profitieren

Die CVP empfiehlt ihre Familieninitiative als Konsumstütze

Auch Familien mit tiefen Einkommen bietet die Initiative laut CVP direkt oder indirekt finanzielle Erleichterungen. Nach der Wirtschaft seien nun die Familien an der Reihe.

For. Bern · Für die CVP ist die Familie das Fundament der Gesellschaft. Deshalb gelte es sie zu stärken, auch finanziell. Ein Element dazu ist die Familieninitiative der CVP, die Kinder- und Aus-

CVP-FAMILIENINITIATIVE

Eidgenössische Volksabstimmung vom 8. März 2015

bildungszulagen von den Steuern befreien will. In den vergangenen Jahren seien vor allem die Steuern für Unternehmen gesenkt worden. Jetzt seien die Familien an der Reihe, sagte ein CVP-Vertreter am Freitag vor den Medien.

Wer profitiert

Entgegen den Behauptungen der Gegner profitierten 90 Prozent aller Familien von den Steuererleichterungen der Initiative, sagte Parteipräsident Christophe Darbellay. Sie bezahlten nämlich kantonale Steuern. Mit 6,3 Prozent aller

Kinder lebe nur eine kleine Minderheit in gut verdienenden Familien. Zu diesen Familien rechnet die CVP Haushalte mit einem steuerbaren Einkommen über 150 000 Franken. Beim Bruttoeinkommen dürfte dieser Schwellenwert in vielen Kantonen über 200 000 Franken liegen.

59 Prozent der Kinder rechnet die CVP zu den Mittelstandsfamilien. Dazu zählt sie Haushalte mit einem steuerbaren Einkommen unter 100 000 Franken. Auch hier liegt die Schwelle beim entsprechenden Bruttoeinkommen (Sozialleistungen und Steuerabzüge nicht berücksichtigt) ein gutes Stück höher. Den so definierten Mittelstand will die CVP fördern. Dieser trage die Wirtschaft und bewältige seinen Lebensunterhalt und die Familienentwicklung noch aus eigenen Mitteln, sagte Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Familien mit sehr tiefen Einkommen zu unterstützen, sei gut und wichtig. Doch es müsse verhindert werden, dass die Schere weiter aufgehe und mehr Familien vom Staat abhängig würden.

Auch Familien mit tiefen Einkommen profitieren, wie CVP-Ständerat Pirmin Bischof sagte. Eine Familie aus dem Kanton Solothurn mit zwei Kindern und einem steuerbaren Einkommen von 50 000 Franken erziele dank der Initiative eine Steuerreduktion von 931 Franken. Das Bruttoeinkommen

dieser Modellfamilie dürfte bei rund 75 000 Franken oder höher liegen.

Ferien in der Schweiz

Neben diesen direkten Steuereffekten verwiesen die CVP-Vertreter auf indirekte Auswirkungen. Oftmals gerieten Familien aufgrund der Kinderzulagen in eine höhere Progressionsstufe und verlören damit den Zugang zu Vergünstigungen wie Krankenkassenprämien oder Stipendien. Auch bei Kita-Tarifen würden sie höher eingestuft. Dies sei ungerecht, sagte Schmid-Federer. Die indirekten Effekte kämen auch jenen Familien zugute, die keine Steuern bezahlten.

Die CVP führt zudem grundsätzliche Argumente gegen die Besteuerung der Zulagen ins Feld. Diese erhöhten nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Familien, sondern würden vielmehr vom Arbeitgeber ausbezahlt, um einen Teil der Kinderkosten auszugleichen. Wenn der Staat einen Teil dieses Geldes mittels Steuern gleich wieder einkassiere, widerspreche dies der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Die CVP preist ihre Initiative auch als Programm gegen die Auswirkungen der Frankenstärke. Man könne nicht nur zu Ferien in der Schweiz aufrufen. Dazu benötigten die Familien Geld, das sie dank der Initiative erhielten.



Trotz Kooperation wollen die Luzerner Agglomerationsgemeinden nicht an den politischen Strukturen rütteln. SIGI TISCHLER / KEYSTONE

Kooperieren statt fusionieren

Fünf Luzerner Agglomerationsgemeinden suchen den Schulterchluss

Die Gemeinden der Agglomeration Luzern wollen Probleme gemeinsam angehen. An den bestehenden politischen Strukturen will man vorerst jedoch nicht rütteln.

ase. Luzern · Den Träumen für eine «Starke Stadtregion Luzern», wie das 2009 gestartete Fusionsprojekt hiess, bereiteten die Stimmbürger beziehungsweise die Gemeindeparlamente ein abruptes Ende. Nur gerade der Zusammenschluss von Stadt Luzern und Littau kam zustande. Nun nehmen die fünf Gemeinden Luzern, Ebikon, Emmen, Horw und Kriens erneut einen Anlauf, um ihre Zusammenarbeit intensiver zu gestalten.

Diese Kernagglomeration, in der fast die Hälfte aller Einwohner des Kantons leben, soll nach den Vorstellungen der fünf Stadt- und Gemeindepräsidenten

zum Entwicklungsmotor für den ganzen Kanton Luzern werden.

Tatsächlich würde man das urbane Zentrum der Zentralschweiz auf dem Reissbrett heute ganz anders zeichnen. Insbesondere in den Gebieten Luzern Nord und Luzern Süd, wo momentan völlig neue Stadtteile entstehen, verlaufen die Grenzen höchst kompliziert. Immerhin hat man sich hier auf eine weitgehend gemeinsame Arealentwicklung einigen können.

Im auf Anfang 2015 gestarteten Kooperationsprozess, kurz K5 genannt, wollen die fünf Gemeinden in den Handlungsfeldern Wirtschaftszentrum, Mobilität, finanzielle Steuerung, Sport und soziale Beratungsstellen konkrete Erfolge anstreben. Die bestehenden politischen Strukturen sollen dabei nicht angetastet werden. Allerdings müssen die Beteiligten aufpassen, dass nicht eine zusätzliche Staapsebene entsteht, die nur Abläufe verkompliziert, aber keine Fortschritte bringt.

Gegenüber dem Bund und dem Kanton will man durch ein gemeinsames Auftreten seine Interessen besser wahren. Dieses Ziel wird nicht einfach zu erreichen sein, hat doch der gescheiterte Fusionsprozess gezeigt, dass viele Bürger nicht viel von einem engeren Zusammengehen mit der Stadt halten. Man fühlt sich in den Agglomerationsgemeinden in erster Linie als Krienser oder Emmer und nicht als Luzerner.

Man ist gespannt, ob die fünf Gemeinden ihre Haltung gegenüber dem Bund zu den beiden Schlüsselprojekten in Sachen Verkehr – Tiefbahnhof und Bypass Luzern – unter einen Hut bringen können. Noch bestehen beim Autobahn-Bypass recht unterschiedliche Vorstellungen, welche Anforderungen seitens des Astra erfüllt sein müssen. Vorgenommen haben sich die Verantwortlichen auch, die Vielzahl von sozialen Beratungsstellen zu entflechten und zu standardisieren. Ohne Widerstand wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein.

Kampagne für Organspenden

Antrag der Kommission

(sda) · Die Gesundheitskommission des Nationalrates (SGK) möchte, dass die Behörden die Bevölkerung stärker für das Thema der Organspende sensibilisieren. Sie beantragt ihrem Rat, dies bei den laufenden Beratungen im Transplantationsgesetz zu verankern. Bund und Kantone sollen den Bedarf an Organen sowie den Nutzen einer Spende für die Patientinnen und Patienten thematisieren, beispielsweise im Rahmen von Informationskampagnen. Die SGK erhofft sich davon eine Steigerung der Spenderrate, wie sie in einer Mitteilung vom Freitag schreibt.

Rund 500 Menschen haben 2014 in der Schweiz eine Organspende erhalten. Doch noch immer werden laut der Stiftung Swisstransplant zu wenig Organe gespendet: Pro Woche stirbt im Schnitt mindestens ein Patient, der vergeblich auf ein Organ gewartet hat. 117 Menschen spendeten im letzten Jahr nach ihrem Tod eines oder mehrere ihrer Organe, wie Swisstransplant am Freitag mitteilte. Das sind sieben mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen 124 Menschen, die eine Niere oder einen Teil ihrer Leber gespendet haben, sogenannte Lebendspender. Mit einer Spenderrate von 14,4 pro Million Einwohner liege die Schweiz aber immer noch im unteren Drittel Europas, schreibt Swisstransplant, die im Auftrag des Bundes die Organspenden koordiniert.

61 Personen, die auf der Warteliste für ein Organ waren, starben im Jahr 2014. Betroffen seien insbesondere diejenigen gewesen, die ein Herz, eine Lunge oder eine Leber benötigt hätten, teilte Swisstransplant mit. Im Vorjahr waren 73 auf der Warteliste aufgeführte Menschen gestorben. Den Mangel an Spenderorganen wollen Bund und Kantone mit einem 2013 lancierten Aktionsplan bekämpfen. Ziel ist es, bis 2018 eine Rate von 20 Spenderinnen und Spendern pro Million Einwohner zu erreichen. Das sei ein «durchaus realistisches Begehren», schreibt Swisstransplant. Die Stiftung verweist auf die Nachbarländer Frankreich, Italien und Österreich, die mehr als doppelt so viele Spender pro Million Einwohner aufwiesen als die Schweiz.

Recht auf Urlaub bei Adoptionen

Ja der Nationalratskommission

(sda) · Wer ein Kind adoptiert, soll künftig das Recht auf einen bezahlten Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub haben. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK) hat sich für diese Neuerung ausgesprochen. Mit 14 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt die Kommission, einer parlamentarischen Initiative von Marco Romano (cvp., TI) Folge zu geben, wie die Parlamentsdienste am Freitag mitteilten. Anspruch auf bezahlten Urlaub sollen jene haben, die ein Kind vor dem vollendeten 4. Lebensjahr adoptieren. Romano schlägt vor, dass die Eltern sich den Urlaub aufteilen können.

Aus Sicht der Nationalratskommission ist es angezeigt, dass Eltern, die ein Kind adoptieren, Anspruch auf einen bezahlten Urlaub erhalten. Dieser erlaube es Adoptiveltern und -kindern, sich aneinander zu gewöhnen und die Bindungen aufzubauen, argumentiert die SGK.

Falls die ständerätliche Schwesterkommission zur selben Meinung gelangt, kann die Nationalratskommission eine Gesetzesänderung ausarbeiten. Die SGK des Ständerates hat sich allerdings erst kürzlich gegen eine Ständesinitiative des Kantons Neuenburg ausgesprochen, welche ein ähnliches Anliegen verfolgt.

Der Kanton Neuenburg fordert einen dem Mutterschaftsurlaub entsprechenden Urlaub für Frauen, welche ein Kind im Alter von acht Jahren oder jünger adoptieren, sofern es sich nicht um das Kind des Ehegatten handelt.